
DIE RENAISSANCE DER NEOKLASSIK IN THEORIE UND PRAXIS

Rezension von: Lester C. Thurow,
Gefährliche Strömungen.
Wirtschaftspolitik in der Krise
(Frankfurt/Main, Campus 1984).
Übersetzung aus dem
Amerikanischen von Gerti von
Rabenau. 289 Seiten (Die
amerikanische Originalausgabe
erschien 1983 unter dem Titel
'Dangerous Currents: The State of
Economics' bei Oxford University
Press.)

Lester Thurow, Ökonomieprofessor am MIT und u. a. Verfasser des Bestsellers „Null-Summen-Gesellschaft“, verfolgt mit dem vorliegenden Buch vor allem den Zweck, „die Gründe für das Wiederauftauchen der Gleichgewichtsanalyse in der Ökonomie zu untersuchen und verständlich zu machen, sowie zu erforschen, ob diese Entwicklung unser Verständnis und die Kontrolle der Wirtschaft verbessern kann“. (S. 15) Es handelt sich daher gleichzeitig um eine Kritik der Ökonomie, „wie sie in den Vereinigten Staaten gelehrt und praktiziert wird“. (S. 13)

Demzufolge ist der Großteil des Buches der Diskussion von Theorien gewidmet, die auf dem Walras'schen Auktionator-Modell aufbauen: der neoklassischen Gleichgewichtstheorie, dem Monetarismus, der Theorie der rationalen Erwartungen und der Angebotsökonomie. Im Zeitraum der Entstehung des Buches stand der letztgenannte theoretische Ansatz stark im Vordergrund. Die vehemente Auseinandersetzung mit „Reaganomics“ zählt zu den treffendsten Aussagen.

Die Ursache für die Hinwendung zur Angebotsseite und zu daran anknüpfenden wirtschaftspolitischen Konzepten sieht Thurow in der Ratlosigkeit über das Produktivitätswachstum, das sich seit 1965 verlangsamt hatte und nach 1977 sogar negativ wurde. Die achtziger Jahre sind nach der Kennedy-Ära die zweite Phase in der Nachkriegszeit mit ausgeprägtem Interesse an der Angebotsökonomie. Steuersenkungen (1962 und 1964), degressive Abschreibung, Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme hatten damals die Bestimmung erhalten, zum Sieg im prognostizierten wirtschaftlichen Wettlauf mit der Sowjetunion beizutragen. Da diese Maßnahmen sowohl Sach- als auch Humankapital förderten, waren sie umfassender als die Politik der Reagan-Administration, welche die Humankapitalinvestitionen drastisch kürzte.

Unmittelbar nach seiner Amtsübernahme im Jänner 1981 kündigte Präsident Reagan ein „Programm für den Aufschwung“ an, das die rasche Rückkehr zu nichtinflationärem Wachstum ermöglichen sollte. Die wichtigsten Punkte des von der Presse „Reaganomics“ getauften Programms lauteten:

- 1) Herabsetzen der Grenzsteuersätze, um Arbeitsmotivation, Sparen und Investieren zu stimulieren. Dies ist der harte Kern der Supply Side Policy: die Angebotstheoretiker erwarteten, daß infolge der durch die Steuersenkungen ausgelösten Anreize rasch Produktion und Einkommen zunehmen und daher die Steuereinnahmen wieder den alten Stand erreichen würden.
- 2) Kürzungen der Sozialausgaben sollten zu vermehrter Arbeit und verstärkter Ersparnisbildung anregen. Private Aktivität würde in diesem Bereich staatliches Handeln ersetzen.
- 3) Die Punkte 1 und 2 erfüllen auch das typisch liberale Ziel der Reduktion der Staatstätigkeit. Die Verminderung des Transfers schränkt

die Umverteilungsfunktion des Staates ein, Entregulierung soll die Unternehmer von behördlichen Auflagen (Umweltschutz, Arbeitnehmerschutz etc.) befreien. Staatsaufgaben sollen möglichst vom Bund auf die Einzelstaaten und Kommunen übertragen werden.

- 4) Starke Anhebung der Rüstungsausgaben zur Wiederherstellung der amerikanischen Vormachtstellung.
- 5) Mittels harter Geldpolitik gemäß monetaristischem Konzept sollte die Inflation gedämpft werden.

Die Theorie der Angebotspolitik beruht auf der Gültigkeit des „Say'schen Gesetzes“. Nach Norman B. Ture (ehemaliger Reagan-Staatssekretär, Angebotsökonom) handelt es sich um die Anwendung des neoklassischen preistheoretischen Denkens auf die Analyse gesamtwirtschaftlicher Probleme¹. Staatsausgaben etwa führen demgemäß zu einem Anstieg der Preise der zusätzlich nachgefragten Güter. Da der private Sektor aufgrund der Preiserhöhung seine diesbezügliche Nachfrage verringert, ist der Gesamteffekt auf das reale BIP Null. Obwohl die Fiskalpolitik – Steuern und Staatsausgaben – keine makroökonomischen Nachfrageeffekte verursacht, verzerrt sie doch die relativen Preise. Steuerensenkungen und Kürzungen der Transfers eliminieren daher Verzerrungen im Preisgefüge. Es sind die relativen Preisverschiebungen und die folgenden Allokationseffekte, nicht Nachfrageeffekte, welche positive Auswirkungen auf das BIP hervorrufen.

Eine Senkung der Einkommensteuer reduziert die Kosten des Arbeiters relativ zur Freizeit (Substitutionseffekt). Dies bildet einen Anreiz, mehr Arbeit anzubieten. Zugleich fallen die Reservierungslöhne der Erwerbstätigen. Diese mikroökonomischen Auswirkungen der Angebotspolitik bewirken nach Auffassung der Angebotstheoretiker das Ansteigen des BIP und der Beschäftigung.

Diese Argumentation läßt, wie Thurrow festhält, u. a. außer acht, daß Arbeitsangebotskurven häufig vertikal oder rückwärts geneigt sind. Der Einkommenseffekt (infolge der durch die Steuerensenkung bewirkten Einkommenserhöhung sinkt der Grenznutzen des Einkommens relativ zu dem der Freizeit) ist gleich groß oder stärker als der Substitutionseffekt, womit der Angebotseffekt aufgehoben wird.

Die Angebotsökonom behaupteten allen Ernstes, die Staatsausgaben müßten im Gefolge der Steuerensenkung nicht gekürzt werden, da steigende Steuereinnahmen zu erwarten seien. Arthur Laffer erreichte mit der ständigen Wiederholung eines unbestrittenen Gemeinplatzes, den er zudem als Novität anpries, einen hohen Bekanntheitsgrad². Umstritten an der Laffer-Kurve ist lediglich die Lage des Wendepunktes. Wirtschaftsforscher vermuten ihn in der Nähe des 80-Prozent-Steuersatzes. Der durchschnittliche (föderale, staatliche und kommunale) amerikanische Steuersatz lag 1980 bei 32 Prozent, der durchschnittliche Grenzsteuersatz bei etwas mehr als 34 Prozent. (S. 166) Zur Realisierung des erforderlichen hohen Einkommenszuwachses müßte die relativ kleine Gruppe von Personen, die sich oberhalb des Wendepunktes – ob dieser bei 50 Prozent oder 80 Prozent liegt, ist unerheblich – befinden und den starken Angebotseffekten ausgesetzt ist, geradezu phänomenale Einkommenssteigerungen erzielen!

Donald Regan, damals Staatssekretär, wagte die Prognose, daß 60 Prozent der Steuererminderung gespart werden würden. Michael Evans, der ökonometrische Guru der Angebotsökonom, sprach sogar von 80 Prozent. Höhere Ersparnisse führen zu mehr Investitionen, dies bewirke einen Produktivitätsanstieg und letztlich höheres Wachstum. Der von Evans behauptete stark positive Zusammenhang zwischen der Ertragsrate nach Steuern und den persönlichen

Ersparnissen hielt freilich näherer Untersuchung nicht stand³.

Sozialtransfers werden als Marktunvollkommenheiten mit negativen Anzeizeffekten betrachtet. Sie untergraben die individuelle Motivation, für Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. durch Arbeiten und Sparen vorzusorgen. Tatsächlich lassen sich nennenswerte negative Auswirkungen staatlicher Wohlfahrtsprogramme auf Sparen und Investieren nicht nachweisen⁴.

Nach Meinung der Angebotstheoretiker können makroökonomische Interventionen die Leistung der freien Marktwirtschaft nicht verbessern, während mikroökonomische Eingriffe deren reibungsloses Funktionieren beeinträchtigen. Senkung der Staatsquote und Entregulierung in allen Bereichen sind dann logische Folgerungen. Sobald dies erreicht ist, stellt der freie Wettbewerb die Stabilität wieder her und garantiert jene Wachstumsrate, die mit den individuellen Präferenzen bei der Arbeits-Freizeit-Wahl und der Aufteilung des Konsums auf heute und morgen konsistent ist. Thurow faßt zusammen: „Nach Auffassung der Angebotstheoretiker läßt sich die Wirtschaft mit einer Spirale vergleichen, die vom großen Gewicht des Staates niedergedrückt wird und bei Entfernung dieses Gewichts sofort in ihre normale Position zurückschnellt“ (S. 156), oder in den Worten des Wahlkämpfers Reagan 1980: „Get the government off the people's back!“ Am deutlichsten drückte es einer aus, der nicht nur berühmt, sondern auch reich wurde, George Gilder, über den Präsident Reagan mehrmals äußerte, er habe dessen Bestseller gelesen – was angeblich nicht allzu viele Buchautoren von sich behaupten können: „In einem mit Steuern überladenen System sind Statistiken über wirtschaftliche Grenzen und Kapazität meistens reines Gewäsch⁵.“

Wenn es sich bei allen Märkten um Auktionsmärkte handelt, die mit Hilfe angebots- und nachfragebedingter

Preisänderungen geräumt werden, kann es keine unbeschäftigten Ressourcen geben. Eine Verringerung der Geldmenge wirkt inflationshemmend, behindert aber nicht Produktion und Wachstum. Das erklärt, warum die Angebotsökonomien keinen Widerspruch darin sahen, einerseits die geldpolitische Bremse zu ziehen und andererseits expansive fiskalpolitische Maßnahmen (Steuersenkung, Rüstungsausgaben) zu setzen.

Monetaristen und Angebotsökonomien sind sich darin einig, daß monetäre Größen langfristig keinen Einfluß auf die reale Produktion ausüben. Der wichtige Unterschied zwischen diesen Strömungen besteht darin, daß die Monetaristen kurzfristig mit einer Rezession rechnen, bevor die Inflation unter Kontrolle gebracht ist. Nach Auffassung der Angebotsökonomien erfolgt die Anpassung hingegen sehr rasch. Thurow bezeichnet daher mit Recht die Angebotstheoretiker als „Fundamentalisten“ in bezug auf das Auktionator-Modell. (S. 156)

Aufbauend auf der Laffer-Kurve prognostizierten die Angebotsökonomien für das Fiskaljahr 1984 ein ausgeglichenes Budget. Dieser Optimismus wurde nicht nur von Außenseitern wie Gilder verbreitet, auch Nicht-Exoten wie Milton Friedman schwangen sich auf den fahrenden Zug: „Es läßt sich mühelos nachweisen, daß das steuerpflichtige Einkommen hinreichend steigen würde, um den durch die Senkung des Spitzensteuersatzes bedingten arithmetischen Verlust auszugleichen⁶.“ Gewappnet mit der genannten Prognose ging die Administration in die Diskussion über konkrete Maßnahmen mit dem Kongreß. Dieser ließ sich beeindrucken und setzte die fiskalpolitischen Programmpunkte (Einkommensteuersenkung, beschleunigte Abschreibung, Kürzung der Sozialausgaben, Aufstockung des Rüstungsetats) in Gesetze um. Die unabhängige Notenbank Federal Reserve (FED) hatte bereits seit Oktober 1979 einen restriktiven geldpolitischen Kurs ver-

folgt. 1981 schlugen Reagans Berater eine weitere Verlangsamung des Geldmengenwachstums vor. Die Fed, deren einziges Ziel die Inflationskontrolle war, willigte ein.

Die oben diskutierten Annahmen, auf denen die optimistische Prognose der kurz- und mittelfristigen Effekte von Reaganomics beruhte, erwiesen sich als unrealistisch: Die Auswirkungen des ersten Schritts der Steuersenkung und der Investitionsförderung wurden zugedeckt von der scharfen monetären Restriktion. Letztere trieb die Realzinsen auf Rekordhöhe (reale Prime Rate von 2 Prozent auf 9,5 Prozent im dritten Quartal 1981!), diese stürzten die Wirtschaft in die schwerste Nachkriegsrezession. Der Übergang auf niedrige Inflationsraten vollzog sich erst im Zuge der konjunkturellen Talfahrt. Im Sommer 1982 sah sich die Administration Reagan durch wachsenden politischen Widerstand zu einer Kurskorrektur veranlaßt.

Die Diskussion der übrigen, durch die neoklassische Orthodoxie inspirierten Theorien führt Thurow zu dem Schluß, daß diese weder Verständnis noch Kontrolle des Wirtschaftsablaufs verbesserten. Der Leser gewinnt immerhin besseres Verständnis für die Unzulänglichkeiten der behandelten theoretischen Ansätze. Anzumerken ist, daß diese nicht so dominant sind wie vom Autor behauptet, vermutlich nicht in den USA und schon gar nicht in vielen westeuropäischen Ländern. Thurow bezieht zwar die Keynes-Rezeption von Hicks, die in den siebziger Jahren von der Gleichgewichtsökonomie abgelöst wurde, in seine Besprechung ein, nicht aber andere theoretische Strömungen, die derzeit die Außenseiterpositionen einnehmen.

Dies ist möglicherweise einer der Gründe, weshalb das Schlußkapitel, das sich mit Ansätzen zu einem realitätsgetreueren Grundmodell der Wirtschaftswissenschaft befaßt, kurz ausgefallen ist und wenige konkrete Vor-

schläge bringt. Dort erhebt Thurow die Forderung nach Einbeziehung historischer, psychologischer und politikwissenschaftlicher Erkenntnisse u. a. zur Entwicklung neuer Theorie der Präferenzbildung unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bestimmungsgründe derselben, zur Erforschung von Macht als Motivationsfaktor, zur Analyse der Rolle von Institutionen, zur Klärung der Bedeutung des Faktors Unsicherheit.

Nichtsdestoweniger ist dieses Buch all jenen zu empfehlen, die sich mit der sogenannten „herrschenden Lehre“ in der Wirtschaftswissenschaft kritisch auseinandersetzen wünschen. Thurow bedient sich einer klaren Sprache, die zudem – im Interesse eines breiteren Leserkreises – mit einem Minimum an technischen Begriffen auskommt. Diese Fähigkeit ist – nicht zuletzt aufgrund der in den einleitenden Kapiteln kritisierten Auslese-kriterien – unter Ökonomen leider selten geworden.

Michael Mesch

Anmerkungen

- 1 Norman B. Ture, Supply Side Analysis and Public Policy, in: D. G. Raboy (Ed.), Essays in Supply Side Economics (Washington D. C. 1982), S. 7 ff.
- 2 Arthur B. Laffer, Why is Supply Side Economics Suddenly Popular?, in: Business Week, September 17, 1979, S. 116.
- 3 Albert Ando, Discussion of the Evans Paper, in: L. H. Meyer (Ed.), The Supply Side Effects of Economic Policy (St. Louis 1981), S. 103 ff.
- 4 Sheldon Danziger u. a., How Income Transfers Affect Work, Savings and Income Distribution, in: Journal of Economic Literature 19/3 (September 1981), S. 980.
- 5 George Gilder, Wealth and Poverty (New York 1981), S. 226.
- 6 Milton Friedman, Painless Revenue, in: Newsweek, April 5, 1982, S. 63.